

▶ ▶ ▶ Kommt es zur Deindustrialisierung Europas?



Quelle: pixabay.com

Alarmierende Stimmen aus der europäischen Industrie werden bereits seit einigen Jahren laut. Sie fordern von der EU-Kommission die schnellere Umsetzung der Reformen für bessere Wettbewerbsfähigkeit. Ansonsten drohe eine Abwanderung europäischer Industrieunternehmen, die sogenannte „Deindustrialisierung“.

Ganz aktuell warnt der European Round Table for Industry (ERT), eine der wichtigsten Interessensvertretungen in Brüssel, vor dem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit Europas und

erklärt, dass die Deindustrialisierung in Europa schneller verlaufen würde als die Dekarbonisierung.¹

ERT-Vorsitzender Jean-Francois van Boxmeer drängt daher in einem Interview mit dem Handelsblatt auf die Umsetzung der Empfehlungen des Draghi-Berichts. Darin hatte der ehemalige Präsident der Europäischen Zentralbank Mario Draghi im September 2024 konkrete Reformvorschläge für die Europäische Union formuliert. Unter anderem mahnte er, dass Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit gemeinsam gedacht werden müssen. Europa prognostizierte er einen „langsamen, qualvollen Niedergang“, sollte die EU nicht umsteuern und in einem historischen Kraftakt investieren. Zusätzlich sollten 750 bis 800 Milliarden Euro pro Jahr, gemessen am Bruttoinlandsprodukt doppelt soviel wie der Marshall-Plan, über gemeinsame Schulden der EU finanziert werden.²

Weiters müsse Europa den Zollrisiken, die die neue Präsidentschaft Donald Trumps in den USA birgt, proaktiv begegnen, indem man etwa anbiete, mehr Produkte aus den USA zu importieren.

Tatsache ist: Europa verliert jährlich an Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich mit China und den USA. Im Jahr 2000 lag der europäische Anteil an der weltweiten Industrielleistung bei 22,5%, gegenüber 21% der USA. Zwei Jahrzehnte später ist Europas Anteil auf 14,5% gefallen, die USA stehen bei 16%. Chinas Anteil ist von 10% auf 28% gestiegen.

Die Energiepreise sind infolge des Ukrainekriegs und der Sanktionen gegen Russland gestiegen wie nie zuvor. Das erhöht die Kosten für Unternehmen, vor allem für energieintensive wie Stahl- oder Aluminiumunternehmen, und schwächt sie gegenüber ihren internationalen Konkurrenten.³

¹ <https://www.handelsblatt.com/politik/international/interview-mit-jean-francois-van-boxmeer-europa-verliert-rapide-an-wettbewerbsfaehigkeit/100091189.html> (03.12.2024)

² <https://www.wiwo.de/politik/europa/editorial-schulden-machen-noch-keine-zukunft/29989028.html> (03.12.2024)

³ <https://www.derstandard.at/story/2000144025282/droht-in-europa-eine-deindustrialisierung> (03.12.2024)

Laut van Boxmeer macht der jüngste Schock bei den Energiepreisen energieintensive Industrien überhaupt nicht mehr wettbewerbsfähig. Die Stromkosten für die Industrie waren in den vergangenen 20 Jahren 65% teurer als in den USA.

China und die USA sind in Sachen Energieversorgung weit besser aufgestellt als die EU. Die USA produzieren viel eigene Energie und sind schon alleine aufgrund ihrer geografischen Lage weniger abhängig von Russland als die Europäer. China wiederum importiert zunehmend billige russische Energie.

Die Energie ist nicht das einzige Problem mit der EU. Die Regierungen in den Washington und Peking locken die Unternehmen mit massiven Subventionen.

China fördert Betriebsansiedlungen seit langem mit einem System vielfältiger (und undurchsichtiger) Unterstützungszahlungen.

Die USA haben mit dem Inflation Reduction Act beschlossen, in den kommenden 10 Jahren mindestens 400 Milliarden USD Steuergeld zur Unterstützung grüner und klimafreundlicher Industrien auszugeben. Natürlich nur, wenn die dazugehörigen Produkte auch in den USA hergestellt werden.

Weitere Faktoren in der Standortentscheidung von Industrieunternehmen sind die Nähe zu Rohstoffen und wachsenden Absatzmärkten (z.B. China).

Die Deindustrialisierung ist aber auch Thema einer Ifo-Institut-Studie vom Februar⁴, aus der hervorgeht, dass bei einer Betrachtung der Wertschöpfung eine Deindustrialisierung derzeit nicht sichtbar ist.

Es zeigt sich ein differenziertes Bild: Die Produktion im Inland ist nach den Berechnungen zwar seit 2015 preisbereinigt um rund 6% gesunken, was zur Theorie der Deindustrialisierung passt. Andererseits ist die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes

⁴ <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2024-02-lehmann-wollmershaeuser-bruttowertschoepfung-produktion.pdf>
(04.12.2024)

im selben Zeitraum um 7% gestiegen. Damit hat sich im Verlauf von knapp acht Jahren eine Divergenz von mehr als 13% zwischen den Indizes aufgebaut.⁵

Die Unternehmen haben demnach zwar die Produktion im Inland reduziert, Aktivitäten wie Forschung und Entwicklung und die Konzentration auf hochwertige Produkte wurden aber ausgebaut. Diese Faktoren haben es ermöglicht, mehr inländische Wertschöpfung zu realisieren, während die Verlagerung von Produktion an kostengünstigere Standorte die Profitabilität sicherte.

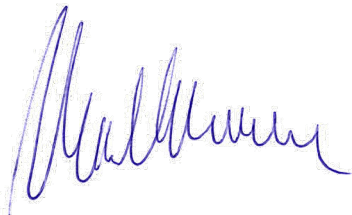
Entfällt der technische Vorsprung jedoch, wird es schwer, höhere Preise durchzusetzen. Das ganze System kommt unter Druck.

Diese Situation scheint sich derzeit darzustellen. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie etwa hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch verschlechtert. Es droht ein zeitverzögerter Verlust an Bruttowertschöpfung.

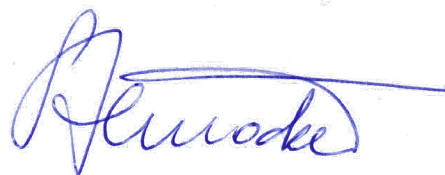
Die Gefahr der Deindustrialisierung ist also tatsächlich gegeben und es bleibt nur noch wenig Zeit, um sie zu verhindern.

Ceterum censeo TradeCom Fonds esse emendum!

Mit freundlichen Grüßen



Mag. Reinhard Wallmann
(Geschäftsführer)



Mag. Margot Steinöcker
(Public Relations)

⁵ <https://www.handelsblatt.com/meinung/homo-oeconomicus/gastkommentar-darum-ist-die-deindustrialisierung-kein-mythos-mehr-01/100091423.html> (04.12.2024)

Risikohinweis!!!

Dies ist eine interne Unterlage und ist nur an einen ausgewählten Personenkreis gerichtet. Sie basiert auf dem Wissensstand der mit der Erstellung betrauten Personen und dient der zusätzlichen Information unserer Anleger. Unsere Analysen und Schlussfolgerung sind genereller Natur und berücksichtigen nicht die individuellen Bedürfnisse von Anlegern hinsichtlich Ertrag, steuerlicher Situation oder Risikobereitschaft. Jede Kapitalanlage ist mit Risiken verbunden. Wir übernehmen für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der hier wiedergegebenen Informationen und Daten sowie das Eintreten von Prognosen keine Haftung. Die Unterlage ersetzt keinesfalls eine anleger- und objektgerechte Beratung sowie umfassende Risikoaufklärung. Die steuerliche Behandlung der Fonds ist von den persönlichen Verhältnissen des jeweiligen Kunden abhängig und kann künftig Änderungen unterworfen sein.

Die Wertentwicklung der Vergangenheit lässt keine verlässlichen Rückschlüsse auf die zukünftige Entwicklung g Steuern sind in den Performanceberechnungen nicht berücksichtigt und mindern die Rendite der Veranlagung. Ertragserwartungen stellen bloße Schätzungen zum Zeitpunkt der Erstellung der Unterlage dar und sind kein verlässlicher Indikator für eine tatsächliche künftige Entwicklung.

Die aktuellen Prospekte und das Basisinformationsblatt ("BIB") sind in deutscher Sprache auf der Homepage www.securitykag.at (Unsere Fonds/Fonstdokumente) sowie am Sitz der Security Kapitalanlage AG, Burgring 16, 8010 Graz als Emittentin und der Liechtensteinische Landesbank (Österreich) AG, Hessgasse 1, 1010 Wien, als Depotbank kostenlos erhältlich.

Beratung und Verkauf erfolgen ausschließlich über befugte Wertpapierdienstleister und Banken. Alle Angaben ohne Gewähr.